§4

(1) Als ununterbrochen gilt die Tätigkeit in einem oder mehreren der im § 2 Absätze 1 und 2 genannten Bereiche.

(2) Auf die ununterbrochene Tätigkeit gemäß Abs. 1 sind anzurechnen:

- a) die Freistellung oder Unterbrechung der Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Regelungen,
- b) die Dienstzeit bei den bewaffneten Organen,
- c) die Zeit der Invalidität infolge Arbeitsunfall oder einer anerkannten Berufskrankheit, sofern der Mitarbeiter seine Tätigkeit im Gesundheits- und Sozialwesen fortsetzt,
- d) die Zeit der Ausübung gesellschaftlicher Funktionen, der Teilnahme an Schulungen oder Lehrgängen im Auftrage der Staatsorgane oder gesellschaftlicher Organisationen,
- e) die Zeit der mit der Tätigkeit im Gesundheits- und Sozialwesen verbundenen Aus- und Weiterbildung.

(3) Als ununterbrochene Tätigkeit kann die Zeit der Invalidität durch Krankheit angerechnet werden.

(4) Zeiten des Hoch- oder Fachschulstudiums werden nur dann angerechnet, wenn vorher eine Tätigkeit im Gesundheits- und Sozialwesen ausgeübt wurde und eine Delegation erfolgte.

(5) Wurde die Tätigkeit im Gesundheits- und Sozialwesen aus begründeten Umständen (Härfälle) unterbrochen, entscheidet der zuständige Leiter in Übereinstimmung mit der Gewerkschaftsleitung über die Anerkennung dieser Zeiten.

§5

(1) Die Medaille wird durch den Minister für Gesundheitswesen verliehen.

(2) Die Verleihung der Medaille erfolgt jährlich aus Anlaß des Tages des Gesundheitswesens.

(3) Zur Medaille gehört eine Ehrenurkunde.

§6

(1) Die Auszeichnung mit der Medaille in allen Stufen erfolgt im Namen des Ministers für Gesundheitswesen in den im § 2 genannten Bereichen in den Fällen des

— Abs. 1 Buchstaben a bis f durch die zuständigen Leiter der Einrichtungen bzw. der Staatsorgane,

— Abs. 1 Buchst. g und Abs. 2 entsprechend der Leitungsebene durch die Leiter der zuständigen zentralen Staatsorgane bzw. durch die Vorsitzenden der örtlichen Räte oder deren Beauftragte,

— Abs. 1 Buchstaben h bis k durch die Vorsitzenden der zuständigen örtlichen Räte oder deren Beauftragte,

— Abs. 4 durch die zuständigen staatlichen Leiter in eigener Verantwortung.

(2) Der Nachweis über die Errechnung der ununterbrochenen Tätigkeitsdauer gemäß § 4 ist in die Personalakte des Auszuzeichnenden aufzunehmen.

§7

(1) Die Medaille ist rund, aus Bronze, Bronze versilbert bzw. Bronze vergoldet und hat einen Durchmesser von 30 mm. Auf der Vorderseite befindet sich ein Äskulapstab, umrahmt von zwei Lorbeerzweigen, und die Umschriftung „Für treue Dienste im Gesundheits- und Sozialwesen“, auf der Rück-

seite das Staatswappen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Umschriftung „Deutsche Demokratische Republik“.

(2) Die Medaille wird an einer rechteckigen, mit weißem Band bezogenen Spange getragen. Das Band wird an beiden Seiten durch einen blauen Streifen abgeschlossen. In der Mitte (ist für die Stufe Silber ein silberner, für die Stufe Gold ein goldener Längsstreifen eingewebt.

(3) Die Interimsspange entspricht der Medallenspange.

§8

Die Medaille wird auf der linken oberen Brustseite getragen.

§9

Weitere Einzelheiten zu dieser Ordnung werden durch den Minister für Gesundheitswesen geregelt.

§10

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Verordnung vom 2. Oktober 1958 über staatliche Auszeichnungen (GBl. I Nr. 63 S. 771) in der Fassung der Achten Verordnung vom 25. Mai 1963 (GBl. II Nr. 47 S. 325) und der Anpassungsverordnung vom 13. Juni 1968 (GBl. II Nr. 62 S. 363).

Bekanntmachung

vom 16. November 1973

Hiermit wird bekanntgemacht, daß durch Beschluß des Ministerrates vom 15. November 1973 die

Verordnung vom 25. März 1968 über die Bildung und Verwendung des Prämien-, Kultur- und Sozialfonds in den staatlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens (GBl. II Nr. 39 S. 233)

mit Wirkung vom 31. Dezember 1973 außer Kraft gesetzt wird.

Berlin, den 16. November 1973

Der Leiter
des Büros des Ministerrates

Dr. R o s t
Staatssekretär

Anordnung

über die Bildung und Verwendung
des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds
in den staatlichen Einrichtungen
des Gesundheits- und Sozialwesens

vom 15. November 1973

In Anerkennung der ständigen Einsatzbereitschaft und der Leistungen im Dienste der Gesundheit und des Lebens der Bürger wird für die Mitarbeiter in staatlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane und in Übereinstimmung mit dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Gesundheitswesen folgendes angeordnet:

§1

Geltungsbereich

(1) Die Bestimmungen dieser Anordnung gelten für

— die örtlichen und zentralgeleiteten staatlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens,